

An die
Bundesministerin der Verteidigung
Frau Annegret Kramp-Karrenbauer
Stauffenbergstr. 18
10 785 Berlin

Heilbronn, 20.Januar 2021

Sicherheit gemeinsam schaffen durch gute Beziehungen / Atomwaffen abschaffen

Sehr geehrte Frau Ministerin Kramp-Karrenbauer,

ich habe von Frau Dr. med. Brigitte Janus aus Nürnberg erfahren, die an zwei Aktionen Zivilen Ungehorsams gegen US-Atombomben beteiligt war. Zusammen mit anderen Friedensaktivist*innen hatte sie 2018 und 2019 das Gelände des deutschen Atomwaffenstützpunkts Büchel / Eifel betreten, dadurch kurzzeitig das Abwurftraining des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 der Bundeswehr unterbrochen und bei den anschließenden Gerichtsverfahren Öffentlichkeit (1) hergestellt für die extreme Gefahr, die sie durch die „Nukleare Teilhabe“ Deutschlands im Rahmen der NATO-Strategie wahrnimmt.

Dieser gewaltfreie Widerstand beeindruckt mich. Wie sonst als durch eine gezielte Übertretung einer Anordnung können einzelne Bürger*innen die öffentliche Aufmerksamkeit auf Gefahren lenken, die sie als lebensbedrohend empfinden? Aus Solidarität mit Frau Dr. Janus habe ich darum einen Teil ihrer Geldstrafe auf ein Sonderkonto überwiesen.

Wie Sie wohl wissen, verstößt nach dem Richterspruch (2) des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 8. Juli 1996 auch die Androhung des Gebrauchs von Atomwaffen generell gegen die Regeln des für bewaffnete Konflikte geltenden humanitären (Kriegs-)Völkerrechts. Und jedem deutschen Soldaten werden zur ständigen Erinnerung wichtige Regeln des Humanitären Völkerrechts in Kurzform einer „Taschenkarte“ von seinem Vorgesetzten ausgehändigt.

-
- (1) z.B. SWR 2 Leben am 30. 4. 2020: <https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/senioren-gegenatomwaffen-fuenf-widerstaendige-alte-und-ihr-protest-swr2-leben-2020-04-30-100.html>
<http://www.dfg-vk-rlp.de/aktuell/prozesse-wegen-aktionen-gegen-atomwaffen/widerstaendige-alte/> SWR Aktuell Rheinland-Pfalz am 4. 2. 2020: <https://www.ardmediathek.de/swr/player/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvczExOTY5OTM/atomwaffengegner-wegen-buechel-aktion-vor-gericht>
- (2) <https://www.atomwaffena-z.info/glossar/r/r-texte/artikel/1a6a5d5723/rechtsgutachten-des-internationalengerichtshofs.html> Drei Regeln sind zu beachten:
- 1) Jeder Einsatz von Waffen muss zwischen kämpfender Truppe (Kombattanten) und der Zivilbevölkerung unterscheiden;
 - 2) Unnötige Grausamkeiten und Leiden müssen vermieden werden;
 - 3) Unbeteiligte und neutrale Staaten dürfen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ich bin an einer Antwort von Ihnen interessiert, die klarstellt, wie dieser Richterspruch des IGH und die Aushändigung der „Taschenkarte der Bundeswehr“ mit dem Auftrag und der Praxis des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33 zusammenpassen.

Zudem würde ich gerne wissen, wie Sie als Verteidigungsministerin ab dem 22. Januar 2021, wenn der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft tritt, zu internationaler Sicherheit beitragen möchten, ohne dass weiterhin Menschen durch Atomwaffen gefährdet oder bedroht werden – weder in Deutschland, noch außerhalb der NATO.

Soweit ich mich an die Äußerungen bisheriger deutscher Verteidigungspolitik*innen erinnern kann, wird Sicherheit und Frieden so gut wie immer mit einem höchstmöglichen Potential an militärischer Abschreckung assoziiert. Das Beharren auf einer Vorstellung, dass wir es international mit „Feinden“ zu tun haben, versetzt mich in große Angst und Sorge. Denn es ist mir wichtig, dass sich ein Bewusstseinswandel vollzieht für die Notwendigkeit solcher Schritte, die uns wirklich einem dauerhaften Frieden auf internationaler Ebene näher bringen. Und mir ist wichtig, dass sich das auch ausdrückt in einer Aufstockung der Mittel für die gewaltfreie Lösung bestehender Konflikte zulasten jener Maßnahmen, die auf Unterwerfung oder Abwehr eines „Feindes“ beruhen.

Da Sie Mitglied der CDU sind, also einer Partei, die sich am christlichen Glauben orientiert, erlaube ich mir, Ihnen das Szenario (3) der Badischen Landeskirche „Sicherheit neu denken“ zur Lektüre zu empfehlen und füge den link bei: Es verabschiedet das Paradigma ‚Nationale Sicherheit‘ und stellt ihm das Paradigma ‚Gemeinsame Sicherheit‘ gegenüber. Die eigene Sicherheit erhält dadurch das gleiche Gewicht wie die Sicherheiten von Nachbarn. Außerdem enthält das Szenario konkrete Maßnahmen zur Entwicklung eines nachhaltigen Friedens auf internationaler Ebene.

So bin ich auch als Steuerzahler und als Gemeinderat nicht einverstanden mit dem aktuellen Verhältnis der Ausgaben für das Militär und für Ziviles, denn mir liegt das Gemeinwohl am Herzen. Ich möchte zivile Zwecke gefördert sehen und eine Abkehr vom Rüstungswettlauf mit immer gefährlicheren Waffensystemen, wie z.B. die von Ihnen angedachte Anschaffung neuer Kampfflugzeuge zum Transport von Atombomben – erst recht in Zeiten einer Viruspandemie! Den Kommunen fehlen aufgrund der massiven Steuerausfälle viele Milliarden. Gleichzeitig steigt der Rüstungsetat im nächsten Jahr um weitere 1,3 Milliarden Euro auf nunmehr 46,93 Milliarden Euro. Seit 2014 (32,4 Milliarden) ist er damit um fast 15 Milliarden Euro gestiegen. Tatsächlich liegt er sogar noch höher. Bereits für dieses Jahr hatte die Bundesregierung der Nato Verteidigungsausgaben in Höhe von über 50 Milliarden Euro gemeldet, da zahlreiche militärische Ausgaben in anderen Haushaltsposten versteckt sind. Auch die Gelder für das CDU-geführte Bundesministerium

des Inneren werden auf 18,46 Milliarden Euro erhöht. Das sind fast drei Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (15,67 Milliarden Euro).

Zum Schluss möchte ich an zwei leidvolle Erfahrungen erinnern, die die Stadt Heilbronn mit Krieg und Rüstung machen musste. Am 4. Dezember 1944 wurden bei einem Bombenangriff gegen Ende des 2. Weltkrieges über 6500 Menschen getötet und wurde die gesamte Heilbronner Innenstadt vernichtet. Am 11. Januar 1985, vor 36 Jahren, explodierte die Motorstufe einer Pershing-2 auf dem 3 km von der Stadt entfernten Stützpunkt Waldheide. 3 Soldaten starben, 17 wurden zum Teil schwer verletzt. Es war Zufall, dass nicht mehr passiert ist. Eine ganze Stadt war in Aufruhr und hat mit zahlreichen Blockaden und Demonstrationen damals deutlich gemacht, dass Rüstung und Atomwaffen auch durch Unfälle verheerende Schäden verursachen können. Ihrem Amtsvorgänger, Herrn Manfred Wörner, hatten damals zahlreiche Bürger bei seinem Besuch in Heilbronn die Gefahr von Atomwaffen auch aufgrund von Unfällen deutlich gemacht.

Auf diesem Hintergrund hat der Gemeinderat Heilbronn am 20. Februar 2020 den ICAN-Städteappell an die Bundesregierung beschlossen, in dem es heißt: „Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf. Das impliziert den Abzug der jetzigen und den Verzicht auf die beabsichtigte Stationierung neuer Atomwaffen.“

Am 22.1.2021 tritt der UN-Atomwaffen-Verbotsantrag in Kraft, den Deutschland leider immer noch nicht ratifiziert hat. Ich fordere Sie auf, sich dafür einzusetzen, dass Deutschland diesem Vertrag beitrifft und alle in Deutschland gelagerten Atomwaffen abziehen.

Auf Ihre Antwort bin ich gespannt und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Konrad Wanner
Sprecher der Gruppe DIE LINKE im Gemeinderat Heilbronn



(3) https://www.sicherheitneudenken.de/html/content/sicherheit_neu_denken_unsere_vision.html?